

Berufliche Bildung im Bildungssystem Vietnams vor 1990

Das nationale Bildungssystem in seiner Entwicklung

Die geschichtliche Etappe nach 1945 hatte direkten Einfluß auf die Entwicklung eines nationalen, staatlichen Bildungssystems, welches den jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen angepaßt werden mußte. Daraus leiteten sich in der Folgezeit drei Bildungsreformen ab:

- Erste Bildungsreform: nach Errichtung der Volksmacht von 1945 bis 1954,
- Zweite Bildungsreform: von 1955 bis zur Bildung der SRV 1976,
- Dritte Bildungsreform: nach der Wiedervereinigung ab 1976.

Ungeachtet der vorhandenen ökonomischen Schwierigkeiten sah die erste Bildungsreform schon ein Volkssystem mit einer neunjährigen allgemeinbildenden Schule vor, die

- eine Unterstufenschule mit vier Klassen,
- eine Mittelstufenschule mit drei Klassen und
- eine Oberstufenschule mit zwei Klassen

sowie die Erwachsenenbildung umfaßte.

Zielvorstellungen von 1946 wie Schulgeldfreiheit in der Unterstufe für alle, allgemeine Durchsetzung der vietnamesischen Sprache als Unterrichtssprache, einheitliche Stundenpläne und Schulbücher sowie die Auflösung ein-klassiger Landschulen wurden in Angriff genommen und teilweise realisiert.

Die Bedingungen für die Errichtung eines einheitlichen Volkssystem waren zum damaligen Zeitpunkt denkbar schlecht. Die erste allgemeine Bildung bis zur 4. Klasse konnte 1947/48 zum Großteil nur durch Finanzierung von Eltern und örtlichen Geldgebern ermöglicht werden. Landesweite Spendenaktionen unterstützten den Neubau von Schulen und die Finanzierung des Unterrichts.

Eine selbständige berufliche Ausbildung gab es noch nicht. Bildungspolitischer Schwerpunkt war, bedingt durch die Verhältnisse, die allgemeinbildende Schule. Priorität hatte, elementarste Bildungsgrundlagen für möglichst viele Kinder zu schaffen.

Nach 1945 gab es in Vietnam vier berufliche Ausbildungsstätten, in denen jährlich knapp 200 Arbeiter in Metallberufen ausgebildet wurden. Während der

Zeit des Widerstandskampfes erfolgte die berufliche Qualifizierung bzw. die Hin-führung zu beruflichen Fertigkeiten grundsätzlich durch Anlernen am Arbeitsplatz in eng begrenzten Tätigkeitsfeldern.

Die zweite Bildungsreform fällt zeitlich mit dem vietnamesisch-amerikanischen Krieg zusammen. Die Bildungssituation hatte sich aus gegebenem Anlaß noch nicht stabilisieren können. Viele Schulen waren bzw. wurden zerstört, der akute Mangel an Lehrern verstärkte sich und die Schülerzahlen stiegen weiter an. Im Land gab es über drei Millionen Analphabeten.

Trotzdem beschloß das ZK der KPV 1955 die Erweiterung des Volkssystem auf zehn allgemeinbildende Klassen und 1960 die allgemeine Schulpflicht für die Unterstufenschule. Privat und Religionsschulen, die bisher noch bestanden, wurden abgeschafft.

Die Bewältigung der steigenden Schülerzahlen, in 20 Jahren ein Anstieg auf das siebeneinhalbfache, stellte die qualitative Seite des Bildungsprozesses vorerst an die zweite Stelle. Und Anfang der siebziger Jahre wurde in Veröffentlichungen schon von einer fast 100%igen Erfassung aller schulpflichtigen Kinder ausgegangen. Damit erschien eine der wichtigsten Zielvorstellungen der zweiten Bildungsreform erfüllt zu sein.

Die nächste Etappe bestand darin, die Mittelstufe kontinuierlich auszubauen. Ab 1967 waren Bedingungen vorhanden,

den Zahl von Fachlehrern, um das zu geringe Niveau der Unterstufe anzuheben. Insgesamt hatte das vietnamesische Bildungswesen zu diesem Zeitpunkt bei der Anhebung des Bildungsniveaus der Bevölkerung einen großen Schritt nach vorn getan.¹⁾

Mit der Anhebung der allgemeinen Bildung insbesondere der der Jugend wurden zunehmend Fragen einer qualifizierten Berufsausbildung diskutiert.

Anfang der sechziger Jahre existierten einige Schulen für "Lernen und Arbeiten". 1963 arbeiteten 370 solcher Einrichtungen mit fast 65 000 Schülern, überwiegend in ländlichen Gebieten. 61 dieser Schulen mit 5 000 Schülern befanden sich in abgelegenen Gebirgsregionen abseits der Kampfzonen.²⁾ Bis 1970 erfolgte dann die berufliche Bildung fast ausschließlich in Betrieben ohne theoretischen Unterricht. Es gab nur vereinzelt Berufsschulen in der Nähe größerer Industriebetriebe.

Mit Bildung der "Generaldirektion für die Ausbildung von Arbeitern" beim Ministerium für Arbeit war 1969 erstmalig eine Voraussetzung geschaffen, einheitliche Bestimmungen und Richtlinien zur Berufsbildung zu erarbeiten und herauszugeben sowie ihre Durchsetzung zu kontrollieren. Man begann, ein Netz von Berufsschulen aufzubauen.

Diese Berufsschulen nahmen vorrangig Absolventen der Mittelstufe auf. Ca. 15% der Berufsschüler besaßen einen Oberstufenabschluß. Die Dauer der beruflichen Ausbildung lag zwischen zwei und drei Jahren.³⁾ Zum Ende der zweiten Bildungsreform 1975 bildeten schon 185 Berufsschulen in Industrieberufen aus, aber es gab weder ein landesweites Netz berufsbildender Schulen noch eine zentrale Leitung und Planung auf der Grundlage staatlicher Vorgaben und Gesetze.

Die dritte Bildungsreform begann nach der Wiedervereinigung von Nord- und Südvietnam. Ihre Hauptaufgabe be-

Tabelle 1: Entwicklungstrend bei den Bildungsabschlüssen von 1936 bis 1977

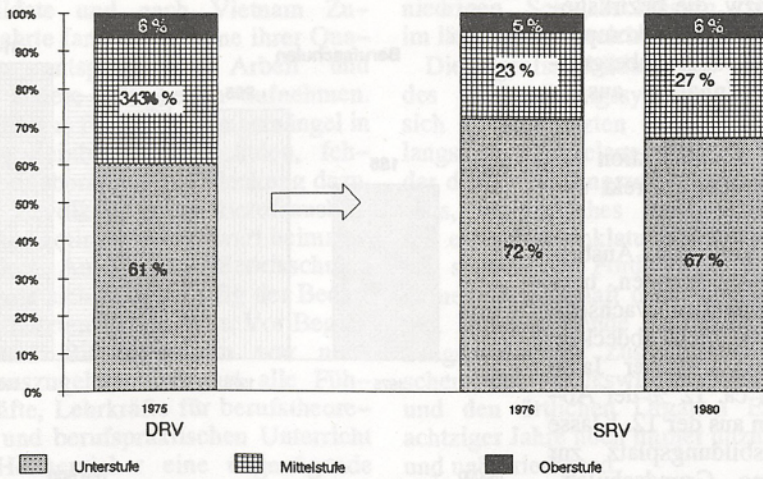
Abschluß	1936	1960	1974	1977
4. Klasse	3,9 %	12,3 %	46,7 %	48,5 %
7. Klasse	0,1 %	2,4 %	27,9 %	25,0 %
10. Klasse	0 %	0,6 %	2,8 %	5,3 %

um 90% der Abgänger der Unterstufe in die Mittelstufe und bis zu 30% der Schulabgänger aus der 7. Klasse in die Oberstufe der Mittelschule zu übernehmen. Um für die Landjugend bessere Bildungschancen zu schaffen, konzipierte man die Schulneubauten verstärkt als Internatsschulen.

Mehr Beachtung erhielt nun auch die qualitative Absicherung des Unterrichts, der Lehreraus- und -weiterbildung sowie die Bereitstellung einer ausreichenden

stand darin, die unter den unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen gewachsenen Bildungsstrukturen zu vereinheitlichen. Das bedeutete unter den gegebenen politischen Machtverhältnissen, ein sozialistisches Bildungssystem auf der Grundlage des bestehenden nordvietnamesischen Systems aufzubauen. Die Wiedervereinigung brachte nicht nur eine Summierung der Schülerzahlen, sondern auch neue Verhältnisse zwischen den einzelnen Bildungsstufen.

Abb. 1: Verhältnis der Schülerzahlen in den drei Bildungsstufen vor und nach der Vereinigung



Quelle: Vgl. Jordan, Sigrid: Berufliche Bildung als Bestandteil der Bildungssysteme in den Ländern Ost- und Südostasiens. Institut für Asienkunde. Hamburg, 1992, S. 131

Mit dem ZK-Beschluß der KPV Anfang 1979 "Über die Durchführung der Bildungsreform im ganzen Land", veröffentlicht im April 1981, wurde fünf Jahre nach der Vereinigung eine bildungspolitische Konzeption für zehn Jahre vorgelegt.

Diese basierte auf einer strukturellen Erweiterung von zehn auf zwölf Klassen und der Einbeziehung der Vorschulbildung. Die Berufsausbildung baute nunmehr auf der Mittelschulbildung auf, und in die allgemeinbildende Schule wurde eine berufliche Grundbildung integriert.

Die Chance auf weiterführende Bildung war trotz Reform noch immer sehr unterschiedlich. In Hanoi konnten 60 bis

70 % der Grundschulabsolventen weiterlernen, aber landesweit waren es nur 30 %. Für nur 20 % war ein Berufsschulplatz oder ein Platz in einer Mittleren Spezialschule vorhanden. Einzelne Landesteile lagen jedoch weit unter diesem Durchschnitt.

Durch das Überangebot von Bewerbern stellten die meisten berufsbildenden Einrichtungen fast ausschließlich Absolventen der 12. Klasse ein. Jugendlichen mit niedrigen Bildungsabschlüssen blieb als Alternative nur, entweder zu Hause zu bleiben, in den bäuerlichen Familienbetrieben zu helfen oder Hilfsarbeiten bzw. Anhilfen zu übernehmen.

Berufliche Bildung nach der 3. Bildungsreform

Berufliche Grundbildung in der allgemeinbildenden Schule

Mit der Stabilisierung in der wirtschaftlichen Entwicklung zeigte sich, bedingt durch das Fehlen beruflicher Ausbildungsplätze, ein immer größeres Defizit an ausgebildeten Facharbeitern. Mit der Verabschiedung des Beschlusses von 1981 über die "Einführung des berufsbildenden und beratenden Unterrichts in den allgemeinbildenden Schulen", die Aufnahme polytechnischer Bildung und der Arbeiterziehung in die neuen Stundenpläne wurde ab 1980 versucht, diesen Engpaß zu mildern.

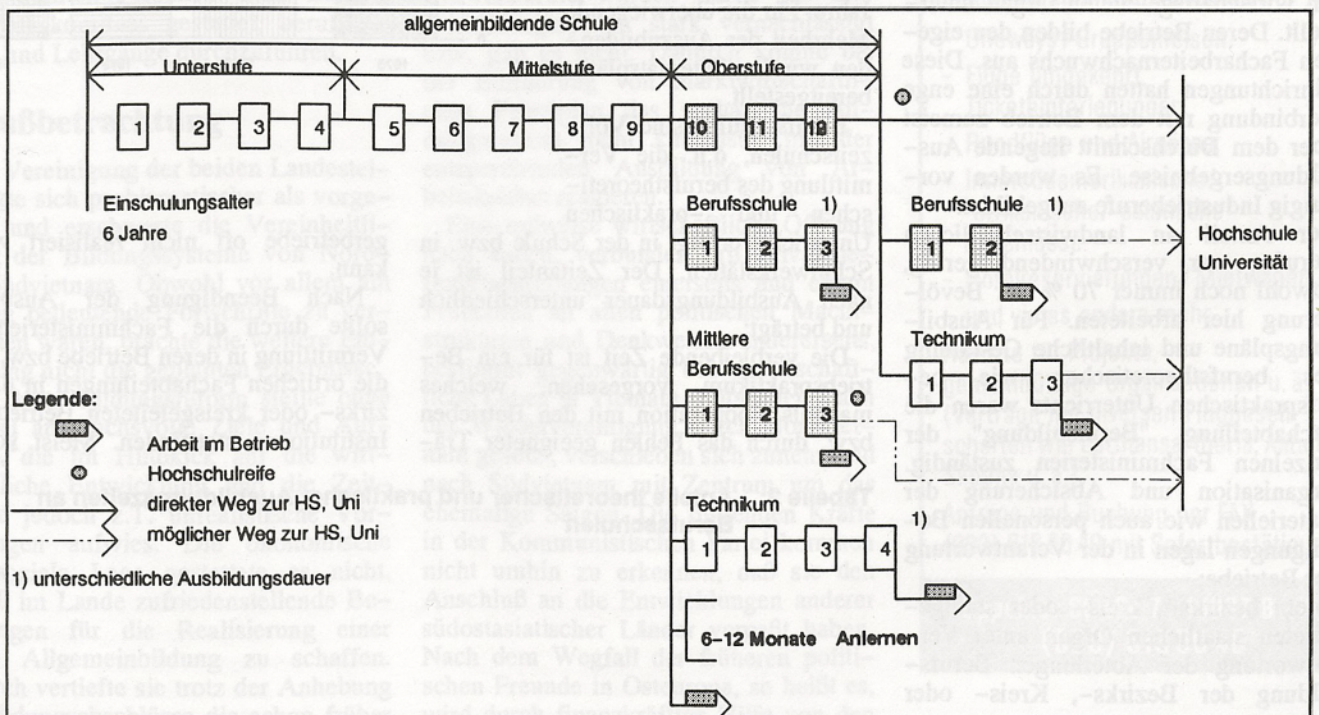
- Die Kombination von
- polytechnischem Unterricht als Bestandteil des Schulplans,
 - planmäßigen wöchentlichen Produktionseinsätzen von 8-10 Stunden entweder in Betrieben oder in der Landwirtschaft und
 - produktiver Arbeit in der außerunterrichtlichen Zeit

als Arbeiterziehung sollte dem jungen Mensch die Arbeitswelt näher bringen, ihn zu einer bewußteren Berufswahl befähigen und seine Bereitschaft für die Aufnahme einer Berufsausbildung verstärken.

Das Fach "Polytechnik" mit den inhaltlichen Vorgaben:

- Vorstellen einzelner Industriezweige und Berufe,
- Grundlagen technischer und technologischer Arbeitsprozesse sowie
- Fragen der Arbeitsorganisation und Finanzierung

Abb. 2: Vereinfachtes Strukturbild des Bildungswesens nach der dritten Bildungsreform (ab 1981)



diente dabei der theoretischen Vorbereitung der Produktionseinsätze, die in Anlehnung an das sowjetische Berufsbildungssystem entsprechend den regionalen Wirtschaftsstrukturen außerschulisch erfolgte (z.B. Landwirtschaft, Industriebereiche, Handwerk).

Anfang der achtziger Jahre gab es z.B. in Hanoi zwei große polytechnische Zentren (überschulische Einrichtungen). Hier bekamen Schüler mehrerer allgemeinbildender Schulen eine berufliche Grundbildung als Dreher, Schlosser, Tischler (Jungen) oder in traditionellen Tätigkeiten wie Nähen, Sticken, Flechten, Weben usw. (Mädchen).

Berufsausbildung innerhalb des Bildungssystems

Mit wachsender Industrialisierung stieg trotz hoher Arbeitslosenzahlen der Bedarf an höher und besser qualifizierten Arbeitern. Das erforderte ein Berufsbildungssystem, welches erstens das unterschiedliche Eingangsniveau der Bildung z.B. zwischen Stadt- und Landkindern berücksichtigte sowie zweitens einen Qualifikationsvorlauf für künftige Arbeitskräfte garantierte. Die vorhandenen Berufsbildungseinrichtungen entsprachen diesen Forderungen weder bei der Zahl bereitgestellter Ausbildungsplätze noch hinsichtlich der Qualitätsansprüche.

Bis 1978 hatte das Ministerium für Arbeit die Verantwortung für die Berufsbildung. Durch Beschluß des Ministerrats wurde 1978 beim Ministerrat mit der **Generaldirektion für Berufsbildung** ein eigenständiges staatliches Zentralorgan für die Leitung und Planung landesweiter Berufsbildungsprozesse geschaffen. Infolgedessen waren die beruflichen Einrichtungen

- einem Ministerium oder einem zentralen wirtschaftsgeleiteten Organ unterstellt. Deren Betriebe bilden den eigenen Facharbeiternachwuchs aus. Diese Einrichtungen hatten durch eine enge Verbindung mit dem Betrieb zumeist über dem Durchschnitt liegende Ausbildungsergebnisse. Es wurden vorrangig Industrieberufe ausgebildet.
- Der Anteil an landwirtschaftlichen Berufen war verschwindend gering, obwohl noch immer 70 % der Bevölkerung hier arbeiteten. Für Ausbildungspläne und inhaltliche Gestaltung des berufstheoretischen wie berufspraktischen Unterrichts waren die Fachabteilung "Berufsbildung" der einzelnen Fachministerien zuständig. Organisation und Absicherung der materiellen wie auch personellen Bedingungen lagen in der Verantwortung der Betriebe;
- einem bezirks-, kreis- oder stadtgeleiteten staatlichen Organ unter Verantwortung der Abteilungen Berufsbildung der Bezirks-, Kreis- oder

Stadträte unterstellt. Hier wurden vor allem Berufe für den kommunalen Bereich bzw. die bezirksgeleiteten Industriekomplexe mit betriebsübergreifenden Inhalten ausgebildet;⁴⁾

- der Generaldirektion für Berufsbildung direkt unterstellt.

Die vorhandenen Ausbildungsplätze konnten trotz Ausweitung den wachsenden Bedarf nicht abdecken. Ende der achtziger Jahre stand für ca. 12 % der Absolventen aus der 12. Klasse ein Ausbildungsplatz zur Verfügung. Grundschulabgänger hatten noch immer kaum eine Chance, die Aufnahmeprüfung zu bestehen und damit einen Ausbildungsplatz zu erhalten, obwohl jeder Jugendliche im Alter von 16 bis 25 Jahren, der mindestens einen 7. Klasseabschluß vorweisen konnte, das Recht zur Bewerbung hatte. Höchstens jeder 10. Bewerber bekam einen Ausbildungsplatz.

Der Haupttyp der berufsbildenden Einrichtungen ist die **Berufsschule**.⁵⁾ Die Ausbildung erfolgt vorwiegend für technische Berufe. Laut Berufsnomenklatur werden ca. 400 Berufe angeboten. Die Ausbildungsdauer beträgt in Abhängigkeit von Eingangsniveau und Berufsart zwei bis drei Jahre. Für die überwiegende Mehrheit der Auszubildenden wurden Internatsplätze bereitgestellt.

Berufsschulen sind Vollzeitschulen, d.h. die Vermittlung des berufstheoretischen und -praktischen Unterrichts erfolgt in der Schule bzw. in Schulwerkstätten. Der Zeitanteil ist je nach Ausbildungsdauer unterschiedlich und beträgt:

Die verbleibende Zeit ist für ein Betriebspraktikum vorgesehen, welches mangels Kooperation mit den Betrieben bzw. durch das Fehlen geeigneter Trä-

gerbetriebe oft nicht realisiert werden kann.

Nach Beendigung der Ausbildung sollte durch die Fachministerien eine Vermittlung in deren Betriebe bzw. durch die örtlichen Fachabteilungen in die bezirks- oder kreisgeleiteten Betriebe und Institutionen stattfinden. Meist konnten

Abb. 3: Angaben zur Berufsausbildung von 1975 bis 1980

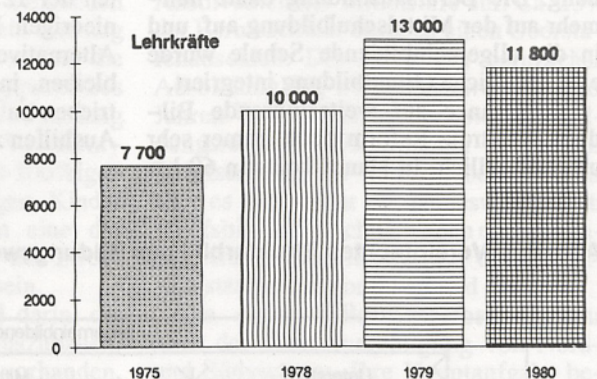
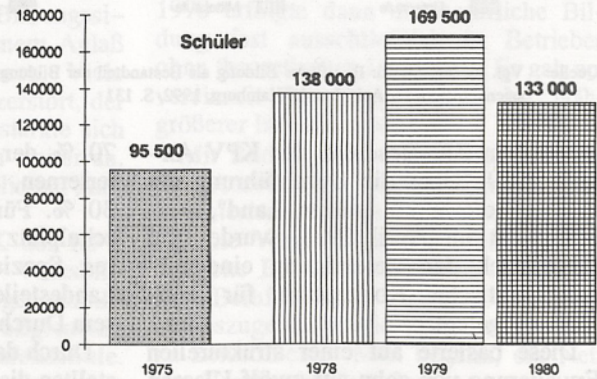
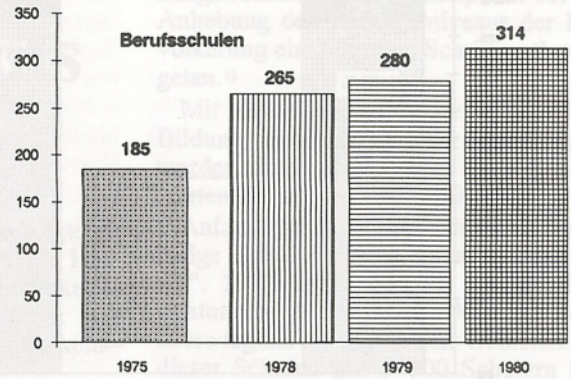


Tabelle 2: Anteile theoretischer und praktischer Ausbildungszeiten an Berufsschulen

den Absolventen von Berufsschulen keine geeigneten Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden. Auch im Ausland Ausgebildete und nach Vietnam Zurückgekehrte fanden oft keine ihrer Qualifikation entsprechende Arbeit und mußten andere Tätigkeiten aufnehmen. Darüberhinaus führten Leitungsmängel in den allgemeinbildenden Schulen, fehlende Berufsberatung und -lenkung dazu, daß die Bevölkerung der Berufsausbildung einen geringer Stellenwert beimaß.

Mit dem Ausbau der Berufsschulen vergrößerte sich zwangsläufig der Bedarf an qualifizierten Lehrkräften. Vor Beginn der dritten Bildungsreform war noch davon auszugehen, daß fast alle Führungskräfte, Lehrkräfte für berufstheoretischen und berufspraktischen Unterricht sowie Heimerzieher eine ungenügende fachliche und pädagogische Qualifikation für die ausgeübte Tätigkeit besaßen.⁶⁾ Zu den ca. 12.000 ausgebildeten Lehrern und Ausbildern kamen noch ca. 7.000 Diplomingenieure, Ingenieure und qualifizierte Arbeiter ohne pädagogischen Abschluß zum Einsatz.

Im Rahmen der dritten Bildungsreform wurden deshalb höhere Bildungsabschlüsse für berufliche Lehrkräfte gefordert, d.h. Lehrkräfte für die technischen Grundlagen- und Spezialisierungsfächer benötigten nun ein Studium an den pädagogischen Fakultäten der technischen Hochschulen. Für schon eingesetzte Ausbilder wurden Weiterbildungsangebote erarbeitet.

Neben den staatlichen Berufsschulen konnten nunmehr vereinzelt auch private berufsbildende Einrichtungen, besonders im Bereich des Kunsthandwerks, Kurse anbieten. Entsprechend dem Beschluß "Über Aufgabe, Richtung, Kurs und Maßnahmen zur Entwicklung der Berufsausbildungsarbeit" von 1981 wurde es bestimmten Personen unter Leitung des Volkskomitees gestattet, berufliche Kurse und Lehrgänge durchzuführen.

Schlußbetrachtung

Die Vereinigung der beiden Landesteile zeigte sich problematischer als vorgesehen und erschwerte die Vereinheitlichung der Bildungssysteme von Nord- und Südvietnam. Obwohl vor allem am Anfang bedeutende Fortschritte zu verzeichnen waren, brachte die weitere Entwicklung nicht die geplanten Ergebnisse.

Die dritte Bildungsreform stellte ohne Zweifel anspruchsvolle Ziele und Aufgaben, die im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Zeitspanne jedoch z.T. unrealistische Vorstellungen aufwies. Die ökonomische und soziale Lage gestattete es nicht, überall im Lande zufriedenstellende Bedingungen für die Realisierung einer hohen Allgemeinbildung zu schaffen. Dadurch vertiefte sie trotz der Anhebung der Bildungsabschlüsse die schon früher

bestehenden Bildungsunterschiede zwischen Stadt und Land. Alternative berufliche Bildungswege für Jugendliche mit niedrigen Schulabschlüssen, besonders im ländlichen Bereich, fehlten ganz.

Die Berufsausbildung als Bestandteil des Volkswirtschaftsministeriums entwickelte sich in den letzten Jahren zunehmend langsamer. Es gelang nicht, im Rahmen der dritten Bildungsreform ein einheitliches, verbindliches Ausbildungssystem mit einer Nomenklatur der Berufe, welche sich an den Forderungen einer modernen Gesellschaft orientiert, zu schaffen. Durch fehlende Kompetenzabgrenzungen war die Zusammenarbeit zwischen den Volkswirtschaftsministerien und den örtlichen Organen Ende der achtziger Jahre noch immer unzureichend und unbefriedigend.

Innerhalb der relativ gering entwickelten Berufsausbildung war die berufspraktische Ausbildung ein weiterer Schwachpunkt. Konzipiert für eine Zusammenarbeit mit Betrieben, fehlten diese Verbindungen in der Regel, und damit konnte auch die lehrplangerechte, praxisnahe Ausbildung nicht garantiert werden. Die Schulwerkstätten waren zu meist mit veralteten Maschinen und Geräten ausgestattet, die Bereitstellung lehrplangerechter Produktionsstätten war selten und die pädagogische Qualifikation der Ausbilder gering. Daraus ergab sich, nach Beendigung der Ausbildung eine unbefriedigend lange Phase der betrieblichen Anpassung, wenn überhaupt ein Arbeitsplatz zur Verfügung stand.

Die Berufsausbildung konzentrierte sich auf technische Berufe für Großbetriebe und Industriezentren in der Schwerindustrie. Ganze Berufsgruppen wie Finanz-, Bank- und Versicherungswesen, Dienstleistung und Handel, Handwerk sowie Entsorgungs- und Umweltberufe wurden durch das Berufsbildungssystem stark vernachlässigt bzw. gab es nicht. Dadurch konnte bei der Einführung von marktwirtschaftlichen Prinzipien das vorhandene Bildungssystem nicht kurzfristig mit der entsprechenden Ausbildung von Arbeitskräften reagieren.

Eine teilweise wirtschaftliche Öffnung nach außen, verbunden mit Privatisierungsbestrebungen einerseits und einem Festhalten an alten politischen Machtstrukturen und Denkweisen andererseits, bestimmt gegenwärtig das gesellschaftliche Leben in Vietnam. Prioritäten, nach der Wiedervereinigung durch Nordvietnam gesetzt, verschieben sich zunehmend nach Südvietnam mit Zentrum um das ehemalige Saigon. Die führenden Kräfte in der kommunistischen Partei kommen nicht umhin zu erkennen, daß sie den Anschluß an die Entwicklungen anderer südostasiatischer Länder verpaßt haben. Nach dem Wegfall der früheren politischen Freunde in Osteuropa, so heißt es, wird durch finanzkräftige Hilfe von den

westlichen Industrieländern und Japan der Anschluß an die wirtschaftlich erfolgreichen ASEAN-Staaten gesucht.

Sigrid Jordan

Die Autorin ist Ingenieurin und promovierte Pädagogin, die bis 1990 am Zentralinstitut für Berufsbildung, Ostberlin, zu Berufsbildungssystemen sozialistischer Länder in Ost- und Südostasien geforscht hat. Z.Zt. arbeitet sie zu Berufsbildungsprogrammen der Europäischen Gemeinschaft.

Anmerkungen:

1. Vgl. Klenner, Uwe: *Zum Bildungswesen in den Staaten Indochinas - grundlegende Entwicklungen und Erfahrungen.* - Institut der Parteihochschule Berlin, 1986. - 29, S.14
2. wurden später wieder aufgelöst
3. Vgl.: Mo, Bernard, Tri: *Entwicklung und Probleme der Berufsausbildung in der SRV.* In: *Berufsbildung*, Berlin 39(1985)2., S.93
4. Beide Formen sind der Generaldirektion für Berufsbildung rechenschaftspflichtig
5. Seit der dritten Bildungsreform gibt es auch Mittlere Berufsschulen, in denen neben einer erweiterten Allgemeinbildung beruflicher Unterricht erteilt wird.
6. Vgl. Huynh Van Kha: *Grundfragen der Leitung und Planung der Berufsausbildung in der soz. Gesellschaft und Möglichkeiten der Anwendung von Erfahrungen der DDR auf diesem Gebiet für die SRV.* Hochschule für Ökonomie, Berlin, 1977. Diss.A., S.265

- Anzeige -

titanic reisen

Weltweite Flüge

zu unglaublich günstigen Preisen.

Wir bieten:

- StudentInnen tarife weltweit.
- Oneways / Gruppenreisen.
- Flüge umgekehrt, Tickethinterlegungen.
- Rundflüge und Airpässe.
- Innersüdamerikanische / -afrikanische / -asiatische Anschlüsse.
- Hotelreservierungen / Mietwagen.
- und vieles andere mehr.

Rabatte für Projekte, gemeinnützige Organisationen u. ä. (Verträge mit diversen Fluggesellschaften wie Lufthansa, Iberia, Alitalia, Sabena u. a.)

Anfrage und Buchung per FAX (030) 618 80 40 mit Sofortbestätigung.

Oppelner Straße 7 · 10997 Berlin
(030) 618 50 48